



Das Reichsbanner

Nr. 5

Mai 1972

16. Jahrgang

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

München: Öffnet sich die CSU nach rechts?

Wenn es der CDU/CSU im nächsten Jahr gelänge, ihren Stimmenanteil von der letzten Bundestagswahl zu erhalten und den überwiegenden Teil der NPD-Wähler dazu zu gewinnen, könnte sie mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Das ist offensichtlich der Plan des Herausgebers der in München erscheinenden „National-Zeitung“.

Ist die „Öffnung nach rechts“ auch zum General-Plan von Franz Josef Strauß geworden? Dieser Verdacht ist, so sagt die bayrische SPD, nach den letzten Tagen im Münchner Landtag berechtigt.

Die auflagenstarke „National-Zeitung“ hatte früher die NPD unterstützt, aber kurz vor der bayrischen Landtagswahl im Jahre 1970 zur Wahl der CSU aufgerufen. Sie sparte dabei zwar nicht an Mißachtung („Ich wähle CSU. Die größte Ansammlung von Feiglingen in der deutschen Parteiengeschichte“ „Mir dreht sich der Magen dabei um. Christlich? So mies war die bayrische Volkspartei nicht“ usw.), die Rechtsradikalen hielten jedoch die CSU für das einzige Mittel, die gehaßte Regierung Brandt-Scheel zu beseitigen. Der Wahlauftrag der „National-Zeitung“ für die CSU war dazu mit Drohungen gespickt. Die „Roten“ müssen geschlagen werden, meinte die „National-Zeitung“, aber die „Rechten“ wollen nicht nur das Stimmvieh der „Mitte“ sein.

Die bayerische SPD erinnert an diesen Artikel und an den Beitrag vom 27. September 1970. „Wann siegt Strauß auch in Bonn?“, weil nun die CSU offensichtlich dabei sei, zwei wesentliche Forderungen

der Rechtsradikalen zu erfüllen. So hatte die „National-Zeitung“ am 20. November 1970 geschrieben: „Wie die Meinungs-mache gegen unser Land hetzt. Rundfunk und Fernsehen auch in Bayern, immer gegen alles Deutsche. So felge ist die Union, daß sie sich und uns das alles bieten läßt. Obgleich sie hier die Macht hat oder einen Teil der Macht, um das Recht auch der schweigenden Mehrheit durchzusetzen. Doch die CSU-Leute bibbern vor der öffentlichen Meinung, der vierten Gewalt. Erbarmungswürdig. Wie ihnen die morschen Knochen zittern!“ Unter der Überschrift „Was die neue Regierung tun muß“ hatte die „National-Zeitung“ am 27. November 1970 verlangt, daß beim Bundesverfassungsgericht Klagen gegen die Ostverträge einzubringen seien. Sie hatte diese und andere Forderungen mit der Drohung verbunden, man möge sie nicht zwingen, „die heimatlose Rechte gegen die Mitte zu führen“. Einige Zeilen weiter wurde diese Drohung noch verdichtet: „Die Union muß sich an ihren Taten messen lassen, nicht an Wahlparolen. Es wird auf die Dauer nicht hinreichen, vor Urnengängen besonders kräftig die nationale Pauke zu schlagen“.

Die letzten Tage im Münchner Landtag bekräftigten nach Ansicht der bayrischen SPD den Verdacht, daß sich in der CSU in der Frage der Ostverträge und bei der Rundfunkpolitik der rechte Flügel durchgesetzt habe. Jedenfalls sei man dabei, die Forderung der „National-Zeitung“ zu erfüllen, um sich damit die Stimmen der Rechtsradikalen zu erkaufen. (AK) PPP/31. Januar 1972

„Alte Kämpfer“, bilden die Mehrheit im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Das kürzlich neugewählte Führungsgremium der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, die zu den aktivsten verständigungs-feindlichen Organisationen zählt, setzt sich aus folgenden ehemaligen bewährten NS-Funktionären zusammen:

Dr. Viktor Aschenbrenner: Gauhauptstellenleiter der NSDAP und Gauwart der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

Dr. Walter Becher: als führender NS-Publizist schrieb er am 23. 5. 1939 im Gauorgan der Henlein-Partei „Die Zeit“ u. a.:

„... während in Paris wie in London der Künstler nach wie vor von den Brosamen der städtischen Salons ernährt wird und auch im Heer der Arbeitslosen stark vertreten ist, marschierst - jawohl „marschierst“! - das Deutschland Adolf Hitlers einer noch nie dagewesenen Blüte des Kulturlebens entgegen. . . Das Sudetenland ist Kulturland geworden. Erst die befreiende Tat des Führers hat unzählige schlummernde Kräfte wieder geweckt. . . Was unter der Patronanz einer volksfremden von jüdischen Maklern beeinflussten Regierung bewußt totgeschwiegen wurde, kann sich heute dem allgemeinen Urteil stellen.“

Franz Böhm: ehemals Leiter des NSDAP-Gaugerichts Sudetenland

Dr. Walter Brand: Leiter der Kanzlei des nationalsozialistischen „Führers“ des Sudetenlandes, Konrad Henlein

Dr. Josef Domabyl: ehemaliges Mitglied der NSDAP-Bezirksleitung Prag

Grete Hartmann: Leiterin der NS-Frauenschaft

Des weiteren gehören dem SL-Bundesvorstand der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Wittmann, der Leiter des „Hauses des Deutschen Ostens“ in Düsseldorf, Ossi Böse, sowie Wolfgang Egarter und Dr. Günter Hönigsschmied an. Das bisherige Vorstandsmitglied Elmar Reitzner, SPD, wurde nicht wiedergewählt. Der ehemalige HJ-Gebietsführer und Vorsitzende des nationalistischen „Witiko-Bundes“, Dr. Heinz Lange, kommentierte diese Wahl im „Witiko-Brief“ vom Dezember 1971 mit berechtigter Zufriedenheit:

„Die Wahlen in das oberste Organ der noch immer organisierten Volksgruppe, die 5. Bundesversammlung, sind soeben abgeschlossen und haben wieder eine große Anzahl unserer Mitglieder aufgrund jahrzehntelanger, tapferer Arbeit in die höchste Verantwortung gerufen. Sprecher und unser Kamerad Walter Becher kann sich wie bisher nicht nur in der Volksgruppe selbst, sondern auch in ihrem höchsten Organ auf eine breite Vertrauensgrundlage stützen.“

Dr. Walter Becher, MdB/CSU, der Sprecher der SL, ließ sich auch diese Gelegenheit nicht entgehen, um seine nationalistischen Auffassungen und die Unversöhnlichkeit der Landsmannschaften gegenüber allen Bemühungen der Verständigung zu artikulieren:

„... Ich erwähne das hier in der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, weil wir von der plötzlichen Selbstbeschränkung der Bundesregierung auf die Bundesrepublik zwar schon seit langem - ja schon seit den Erklärungen vorhergehender Bundesregierungen - und im Grunde mit den gleichen Folgen betroffen sind. Wir kennen die Beteuerung, die davon ausgeht, daß die Bundesrepublik mit der Tschechoslowakei keine Grenz- oder Gebietsprobleme habe. Gleichwohl stellen wir unsererseits fest, daß auch die endgültige Regelung der Gebietszugehörigkeit unserer Heimat nur in einem Friedensvertrag, unter Mitwirkung eines gesamtdeutschen Souveräns und unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen erfolgen kann.

... Wir haben auch hier mit Dank festzustellen, daß sich die Bundesregierung nicht zur Akzeptierung der Anerkennung des Münchner Abkommens von Beginn an herbeiließ. Gleichwohl möchte ich unter Hinweis auf die zitierte Parallele vorsorglich anmelden, daß wir uns mit einer Formel, dieses Abkommen sei von Anfang an ungerecht und nicht mehr gültig, keineswegs einverstanden erklären können. . .“

Sudetendeutsche Zeitung, 4. 2. 1972
(aus PDA-Interdienst Rechts v. 1. 3. 1972)

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Löwenthal!

Ich verfolge seit langer Zeit Ihre Magazinsendungen. Bei diesen Auseinandersetzungen behaupten Sie des öfteren, gegen radikale politische Strömungen, ganz gleich von welcher Seite, aufzutreten. Daraufhin habe ich jede Woche Ihre Sendungen angesehen und leider feststellen müssen, daß Sie recht viel Aufhebens von ein paar linksradikalen Studenten machen und hinter jedem linksorientierten Politiker einen kommunistischen Handlanger sehen, aber was sich auf der rechtsradikalen Seite tut, darüber schweigen Sie. . . Diese einäugige Betrachtungsweise des politischen Geschehens in der Bundesrepublik läßt den Verdacht aufkommen, daß Sie offenbar durch den altbewährten Kommunistenschreck von einer Rechtsradikalisierung ablenken wollen, denn es kann Ihnen doch nicht entgangen sein, daß von rechts ganz unver schämt gehetzt wird.

Es wäre sehr verdienstvoll, wenn Sie auch einmal die „Aktion Widerstand“, die Nationalzeitung des Herrn Frey in München und die Rechtsradikalen in den Vertriebenenverbänden auf ihren Nutzen für die Demokratie untersuchen würden.

Wie wäre es mit der „Nationalen Sonderbewegung“ des Herrn Strauß oder was es sonst noch gibt an nationalistischen Gruppen und Vereinigungen der Rechten? Darüber, Herr Löwenthal, sollten Sie auch einmal aufklären; bis jetzt hat man darüber von Ihnen noch nichts gehört. Der Nazismus ist eine Gefahr wie Pest, Krebs und Cholera. Man weiß, was er bedeutet. Man muß nur nach seinem Wissen entschlossen handeln. Wenn es Ihnen ernst ist mit Ihrem demokratischen Engagement und Sie trotzdem über Nazis schweigen, ist Ihre Berichterstattung einseitig und gefährlich für die politische Entwicklung der Bundesrepublik.

Ich habe die Hoffnung, daß Sie etwas gegen den Feind von rechts unternehmen werden. Wir vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold werden es nicht zulassen, daß dieser Staat von den „Willy-Brandt-an-die-Wand“-Schreibern der „Aktion Widerstand“, die Sie bei Ihrer Sendung vom Schlesier-Treffen in München gezeigt haben, zerstört wird.

Zu diesen Schreibern haben Sie kein Wort gesagt, aber sonst war viel von Demokratie und Toleranz in Ihrer Rede, ein eigenartiger Demokratiebegriff. Vielleicht können Sie diesen Ihren Demokratiebegriff in einer Ihrer Sendungen auch mal etwas näher erklären,

damit man weiß, wie man Sie nun wirklich einschätzen soll.

Mit freundlichem Gruß

Heinz Alberts, 7032 Sindelfingen, Leonberger Straße 153

Auf diesen Brief, den wir nun veröffentlichen, bekam Kamerad Alberts „selbstverständlich“ keine Antwort. Demokratie ist Disput – oder, Herr Löwenthal?
(AK - EK)

Traditionsverein?

Zu einem viertägigen Besuch wird Bundespräsident Heinemann in Berlin erwartet. „Außerdem wird Heinemann den Landesvorstand des demokratischen Traditionsvereins aus der Weimarer Zeit „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ empfangen.“

(dpa vom 17. April 1972)

Neuberger befürwortet disziplinarische Ermittlungen gegen Richter!

Der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Joseph Neuberger hat am Montag „disziplinarische Ermittlungen“ gegen den Münsteraner Amtsrichter befürwortet, der in der Begründung eines Gerichtsbeschlusses kritische Äußerungen über d. derzeitige Bundesregierung gemacht haben soll. Die Entscheidung müßte allerdings zunächst dem Oberlandesgericht Hamm als der ersten dienstlich vorgesetzten Instanz überlassen bleiben.

Nach der am Wochenende bekanntgewordenen Begründung des Gerichtsbeschlusses hat der betreffende Richter angeblich von einer „linken Regierung in Bonn“ geschrieben, die „aufgrund wahlmathematischer Parlamentsmehrheit an der Macht ist“. Außerdem soll die Rede gewesen sein von der „Vorbereitung gewisser (umstrittener) Pakte mit den östlichen Okkupationsmächten“ und davon, daß die „Sowjetzone auch heute rechtlich weitestgehend als selbständiger Staat behandelt“ werde.

Neuberger meinte dazu, die im deutschen Richtergesetz niedergelegte Unabhängigkeit des Richters erlaube diesem dennoch nicht, „gerichtliche Entscheidungen dazu zu mißbrauchen, seine persönliche politische Auffassung kundzutun“.

Putsch, von wem?

LESERBRIEF

Jede Demokratie ist auf Grund ihres Wesens, ihrer Art und vor allem ihrer Toleranz gegenüber ihren politischen Gegnern mehr gefährdet als irgend eine andere Staatsform. Davon ist d. deutsche Demokratie nicht ausgenommen, im Gegenteil, genau wie in der Weimarer Republik, so fällt sie auch in der Bundesrepublik von einem Extrem in das andere.

Dazu gehört das vor allem in den letzten Monaten üblich gewordene (ob bewußte oder unbewußte will ich jetzt nicht untersuchen) Verniedlichen kommunistischer und linksextremistischer Wühlarbeit und Terroraktionen auf verschiedenen Ebenen. Dieses Verniedlichen und falsch verstandene Toleranz führen ganz zwangsläufig zu immer frecherem Auftreten dieser linksradikalen Gruppen, die damit den Rechtsradikalen die Bälle zuwerfen und die Begründung zu ihrem Ruf nach dem „starken“ Mann geben. Dazu kommt die Duldung linksradikaler, z. T. militanter Zellen und Kadergruppen an den Universitäten, die Duldung links- und rechtsradikaler Beamten im öffentlichen Dienst, ein systematisches Unterwandern politischer Organisationen und ein systematisches Untergraben des Vertrauens der Bevölkerung zur Demokratie durch Terror, Erpressung usw. Und das alles auf Kosten der Steuerzahler, Steuerzahler, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aufrichtige Demokraten sind. Man sage mir: Wo gibt es noch einen Staat, der seine Totengräber finanziert? All das soll doch nur dazu dienen, unsere Demokratie in Mißkredit zu bringen und nach und nach reif zu machen für die kommunistische Diktatur, die genau so brutal und rücksichtslos ist wie die vergangene Nazi-Diktatur. Diese Gefahr ist viel größer als manche denken. Die Demokratie hat nicht nur das Recht, sondern vor allem auch die Pflicht, sich zu schützen. Hier setzt unsere Aufgabe als Reichsbanner ein, die Demokraten

wachzurütteln, über parteipolitische Meinungsverschiedenheiten hinweg das Gemeinsame zu suchen und mit Allen die guten Willens sind unseren Staat und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken und zu schützen. Das war vor 1933 unsere Aufgabe, und das ist sie heute auch noch. Davon lassen wir uns auch nicht abbringen, weder vom Kameraden Knapp noch von irgendwelchen anderen Leuten. Es wird immer deutlicher, daß Kamerad Knapp auf dem linken Auge schlecht sieht und dafür mit dem rechten Auge durch die Lupe schaut. Nicht die Privatmeinung des Kameraden Knapp, nicht die dauernden Angriffe auf die CDU, nicht ein neuer Name weckt „schlafende Demokraten“ und bringt uns neue Mitglieder, sondern Bekennermut und Zivilcourage. Wo waren in den letzten 25 Jahren die Leute, denen der Name Reichsbanner nicht passt? Sie hätten ja eine Organisation auf die Beine stellen können. Jetzt, nachdem das Reichsbanner wieder besteht, wollen sie es umfunktionieren. Wir brauchen keine Umfunktionierer mit „guten“ Ratschlägen, wir brauchen Männer, die sich offen zu uns, zu unserem Namen und zu unserer Demokratie bekennen, die mitarbeiten und die, wenn es notwendig sein sollte, auch Opfer bringen. Ohne Rücksicht auf „gute Freunde“, auf Arbeitgeber oder sonst wen. Nur mit solchen Männern werden wir ein neues 1932/33 verhindern können, ein 1932/33, das dieses Mal von einer anderen Seite kommt: von Leuten, denen die Demokratie genau so verhaßt ist wie den Nazis. Ich meine die Kommunisten, Kommunisten in allen Schattierungen, mit all ihren Helfershelfern und ihren „nützlichen Idioten“, ob mit oder ohne Abitur.

Das ist eine Aufgabe, die den ganzen Einsatz fordert. Die Republik ist an sich nicht so sehr gefährdet, aber umso mehr die Demokratie. Und um die werden wir noch kämpfen müssen.

Helmut Esser

Nicht allzu wichtig nehmen!

Wie verschieden doch ein und derselbe Mensch reagieren kann! Das liegt oft an den Umständen, manchmal am Charakter. Aber wir sind ja nicht alle jeden Tag gleich, glücklicherweise.

Da sprach unser Kamerad Knapp aus Bonn am 11. März beim Reichsbanner-Ortsverein Frankfurt in der „Stalburg“. Er hatte verschiedene Informationsschriften mitgebracht, die noch August Kerger zusammengestellt hatte: Solche zu der Kontroverse um Heinrich Böll, einige über die Vertriebenenverbände, über eine nazistische Organisation, auch eine Rede über den deutschen antinazistischen Widerstand, von Oberbürgermeister Vogel, dem Schriftsteller Bernt Engelmann, dem Bundestagsabgeordneten Professor Slotta, aus der Süddeutschen und anderen Zeitungen. Das alles sollte zur staatsbürgerlichen Bildung dienen, und so wurde es auch von fast allen Kameraden verstanden. Einige Schriften blieben liegen.

Nach Schluß der Veranstaltung sammelte der Pressereferent unseres Landesverbandes Hessen, Bode, diese Publikationen getreulich ein und schickte sie - nicht an Knapp direkt - sondern an dessen Brötchengeber, den Spitzenjournalisten Herrn C. A. in Bonn, „zwecks Aushändigung an Knapp“. Kamerad Bode war der Ansicht und teilte das auch Herrn C. A. mit, die Schriften stammten teils aus dem Bundespresseamt, teils seien sie verfassungswidrig. Auch der Gutwilligste kann sich ja mal täuschen! Dieser Sammlung von Hinterlassenschaften und Vermutungen fügte unser wackerer Hesse aus Hannover eine etwas einseitige Wiedergabe der Knapp'schen Rede vor den Frankfurter Kameraden bei, die bei dem Empfänger heftige Reflexe auslösen mußte. So kam es am 16. März zu einer teils unwürdigen, teils ulkigen Brüllszene im Regierungsviertel zu Bonn. Die Druckschriften gab der Genasführte zwar nicht dem vermeintlichen Eigentümer weiter, er deckte auch nicht die trübe, jedoch sofort am üblen Geruch erkennbare Quelle seiner falschen Informationen auf. Darüber schrieb er aber am 24. März unserem rührigen Kameraden Bode, der Herrn C. A. aus Frankfurter Tagen, wie er freimütig behauptet, freundschaftlich verbunden ist, folgenden Brief, den wiederzugeben wir uns schmeicheln dürfen:

„Lieber Bode,

ich bedanke mich für Ihren Brief und den Hinweis auf E. Knapp. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich in dieser Hinsicht auf dem laufenden halten würden, da ich voraussehe, daß Herr Knapp dem Bundespresseamt noch einigen Ärger bereiten wird.

Mit freundlichen Grüßen, gez. C. A. . . .“

Den Wißbegierigen und Erstaunten muß hier gesagt werden, daß der Ärger, den „Herr Knapp dem Bundespresseamt“, also dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereitet, darin besteht, daß er einen führenden **Oppositionspolitiker** aus Bayern für den zur Zeit gefährlichsten Feind der grundgesetzlichen Ordnung hält.

Aber wie dem auch sei, unser Freund Bode ist jetzt ganz glücklich und er möchte dieses Glücksgefühl nie mehr missen. So versprach er am 28. April beim Bundesvorstand, er werde seinen

Auf der Ehrentribüne

Unter der Überschrift „Blühendes Österreich“ zählte Adolf Metzner, ehemaliger NSDAP-Kreisleiter in Dux und Gauschulungsleiter der NS-Arbeitsfront, im „Witiko“-Brief, einer Publikation des „Witiko-Bundes“, namentlich „Witiko-Kameraden“ auf, die sich beim Österreichischen Bundesturnfest 1971 in Linz auf der Ehrentribüne befanden: Dr. Willi Welwarsky (ehemaliger Stabsführer Henleins, SA-Obersturmbandführer und stellvertretender NS-Gaurnführer im Sudetenland); Dr. Rudolf Jahn (ehemaliger Gauhauptstellenleiter und Privatsekretär Henleins, SA-Standartenführer, SS-Obersturmbannführer); Ernst Frank (ehemaliger NSDAP-Hauptgemeinschaftsleiter).

Metzner war vom Österreichischen Turnerbund ebenfalls eingeladen worden. In seinem Bericht schrieb er von „volksbewußten Jungturnern, die den um sie buhlenden Amerikanern eine ablehnende Antwort erteilten“. Was das für US-Buhlen waren, weiß Metzner allerdings nicht zu erläutern. Und so geht es weiter: „Das Bekenntnis zu Volk, Vaterland, Heimat und Treue, Mut und Tapferkeit“, so Metzner, „durchflutete das ganze Turnfest. Uns hüpfte das Herz im Leib, als wir hier Tausende junger Männer mannschaftsbetont aufmarschieren sahen“.

Der Österreichische Turnerbund ist um solche Gäste auf der Ehrentribüne nicht zu beneiden.

(AK) Wochenspiegel, 11. 1. 72, Nr. 2, S. 8

Freund, Herrn C. A., auch künftig weiter beliefern. Na, wird der weiterhin dankbar sein! Edle Freundschaften dauern . . .

Am 17. April schickte unser Kamerad Adolf Berenthal, der Presse-referent des REICHSBANNER-Landesverbandes Bremen/Weser-Ems/Spandau/Schleswig-Holstein, dem Sprecher der Bundesregierung den Beschluß aller nord- und westdeutschen Landesverbände vom 15. April zu, der alle Bundestagsfraktionen auffordert, die Ostverträge zu ratifizieren. Sicherlich durch ein postalisches oder ein Büroversehen erhielt Kamerad Berenthal keine dankbare Bitte, Herrn C. A. zu Bonn auf dem laufenden zu halten über den Ärger, den das REICHSBANNER voraussichtlich noch einigen „Konservativen“ bereiten wird.

Unsere beiden Pressereferenten, die Kameraden Bode und Berenthal, nehmen sich diese offensichtlich ungleiche Behandlung nicht zu Herzen. Es gibt, das wissen viele, das wissen wir alle, Wichtigeres als die Meinung des REICHSBANNERS zu den Ostverträgen. Wichtiger ist beispielsweise die Beeinflussung der mit Agenten zusammenarbeitenden Gegner der Ostverträge. Vielleicht lassen sie sich doch einmal von den besseren Argumenten überzeugen, da darf man die Fäden nie reißen lassen. Mit unseren Kleinigkeiten kann sich doch ein großer Mann nicht befassen!

Herr C. A. zu Bonn, das müßten eigentlich alle Menschen wissen, ein großer Journalist, ist und war stets aktiver Kämpfer für Staat, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit usw. Er hat in seiner Jugend als Fallschirmjäger und überhaupt für Deutschland gekämpft, dann in der Jungen Union Hamburgs für die freie Marktwirtschaft, in Frankfurt stand er der FDP nahe, er hat zwei Bundeskanzler stets bestens bis zum Schluß beraten. Er ist ein erfahrener Mann. Er ist nirgends keiner noch so verantwortungsvollen Aufgabe ausgewichen. Mag da oben die Luft kalt, dünn und schneidend sein, Herr C. A. opfert sich und steht auf jedem Posten. Das alles muß man ihm zugute halten!

Dabei ist er kein Fanatiker. Wo er auch immer seinen Mann steht, wo er auch immer unmißverständlich Stellung beziehen muß, nie brach er Brücken zu früheren Freunden ab. Das Menschliche entscheidet! Man übersehe doch nicht immer eine charakterliche Vollendung schlechthin: Selbst dem, der ihn einmal ins Gefängnis schaffte, soll er bis heute mit den besonderen Wohltaten vergolten haben, die nur er vergeben kann. So spricht man von wertvollen musikalischen Anweisungen zur Transposition antiquarischer Notenschriften von Schrammelmusik und Straußwalzern in zeitgemäße Synkopen. Nein, er ist schon ein guter Mensch zu Bonn und dazu noch ein Mordschrist! Nein, Kameraden, da darf man nichts übel nehmen!

Wir möchten deshalb den Bundesvorstand bitten, Herrn C. A. über Kamerad Bode einen Aufnahmeantrag zuzuschicken. Und fürchte keiner, daß wir unbedeutend seien für so einen großen Mann! Er trat schon kleineren Vereinen bei, wenn er es für richtig hielt. Aber hier bei uns, wo wahrscheinlich nichts zu gewinnen ist, würde er froh sein können, seinen hervorstechendsten Charakterzug zu beweisen: Selbstlosigkeit!

Unser Kamerad

Karl Wöll

ist am 11. April 1972 nach schwerem Leiden verstorben. Als Erster Vorsitzender unseres Landesverbandes Hessen hat er sich große Verdienste um den Wiederaufbau unseres Bundes erworben. Sein aufrechtes, tapferes und unbildliches Wirken für die Demokratie verpflichtet uns zu großem Dank und schert ihm ein ehrendes Andenken.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e. V.**

Ortsverein Ffm.	Bundesvorstand	Landesverband
F. Funk	H. Ditter, W. Haag	Hessen A. Altvater

Die Trauerfeier fand am Dienstag, dem 18. April 1972, um 12.00 Uhr, auf dem Hauptfriedhof statt.

Aus den Landesverbänden und Ortsvereinen

Erich Knapp vor dem Ortsverein Frankfurt am Main

Am 11. März referierte anlässlich der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Frankfurt/M. der Nachfolger unseres verstorbenen Schriftleiters August Kerger, unser Bonner Kamerad Erich Knapp vor den Frankfurter Mitgliedern. Der Besuch war gut, obwohl zur gleichen Zeit eine Delegiertenversammlung der Frankfurter SPD tagte, der eine beachtliche Zahl unserer Kameraden angehören. - Erich Knapp referierte nach dem Manuskript unseres verstorbenen Kameraden Kerger über das Thema „Sein oder Nichtsein“. Besonderes Interesse fand das Auftreten Knapps, nachdem sein Dezember-Artikel in unserem Organ „Droht ein Putsch der neuen Reaktion?“ von der deutschen Presse sehr kritisch aufgenommen worden war. Seine seinerzeitige Aussage war provokatorisch und löste den in Verdacht Geratenen die Zunge; er fand teilweise auch in unseren Reihen eine negative Beurteilung, was deutlich macht, wie schwer es ist, in einer freiheitlichen Demokratie ein gerechtes Urteil über zeitnahe Ereignisse zu fällen. Die unbewußte - oder auch bewußte und deshalb zu bekämpfende - Vorbereitung des Nährbodens für eine faschistoide Entwicklung sei die Basis für Staatsfeinde. Die permanente Gefahr, in deren Bereich die Demokratie sich bewege, müsse jedem Demokraten bewußt werden, und er müsse sein Verhalten entsprechend einstellen. Wir müssen wachsam sein, wenn die Meinungsbildung manipuliert und damit der Boden vorbereitet werden soll, der einer Clique die Möglichkeit bietet, einen - vielleicht vorher Unbekannten - zu ihrem Halb-gott hochzuloben, wie wir es in Griechenland erlebt haben. So wurde es in allen Diktaturen gehandhabt, und hier müssen wir unsere Aufgabe erkennen.

In der Diskussion wurde deutlich, daß alle die Demokratie tragenden Parteien in der Bundesrepublik mehr oder weniger davon betroffen sein könnten. Es sei Aufgabe unserer Kameraden, entsprechend zu wirken, jeder an seinem Ort.

Zwei Diskussionsbeiträge nahmen den in der Nummer 12/1971 des „Reichsbanners“ erschienenen Artikel von Erich Knapp stärker unter die Lupe und wollten die Aussage über eine bestimmte Partei abgeschwächt sehen. Es ergab sich aber deutlich, daß die beiden Kameraden den besagten Artikel mißverstanden hatten. Zu Beginn der Versammlung nahmen die Kameraden den Jahres-

bericht des Ortsvereinsvorsitzenden Fr. Funk zur Kenntnis. Es folgte der Kassenbericht, der von dem Nachfolger des verstorbenen Kassierers Großmann, dem Kameraden Philipp Emmert gegeben wurde. Er ließ erkennen, daß die finanzielle Basis des Ortsvereins stabil ist, daß aber weitere Anstrengungen auf diesem Gebiet erforderlich sind, wenn unsere Aufgaben, wie es im Bundesprogramm vorgesehen ist, ausgewertet werden sollen. Bundesmittel für das Organ „Reichsbanner“ wurden gefordert und Hinweise für die steuerliche Abschreibung von Spenden gegeben.

Ein Vorschlag, die Mitgliederbeiträge zu erhöhen, fand keinen einstimmigen Widerhall. Statt dessen sollte eine Aktivierung der Werbung von Mitgliedern in einem bestimmten Altersbereich ins Auge gefaßt werden.

Es wurden dann noch Ergänzungswahlen für den Ersten Kassierer und für die Revisoren vorgenommen.

Nach fast vier Stunden Dauer endete die in zwar lebhafter, aber immer kameradschaftlicher Weise verlaufene Versammlung.

(Kurt Köhler)

Landesverband Bremen/Weser-Ems

Am 15. April 1972 beschlossen die Landesverbände Bremen/Weser-Ems, Berlin-Spandau, Schleswig Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen einstimmig folgende Telegramme an das Präsidium des Deutschen Bundestages und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu schicken.

1. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Landesverband Bremen/Weser-Ems, Berlin-Spandau, Schleswig Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen fordert alle Bundestagsabgeordneten auf, die Ostverträge zu ratifizieren.

2. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Landesverband Bremen/Weser-Ems, Berlin-Spandau, Schleswig Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen fordert die CDU/CSU Bundestagsabgeordneten auf, alle parteipolitischen Gesichtspunkte zurückzustellen, um die Ostverträge zu ratifizieren.

Pressereferent Landesverband
Bremen/Weser-Ems, Berlin-Spandau,
Schleswig Holstein
gez.: A. Berenthal

Vom Arbeiterjugend zum aktiven Demokraten

Zum Tode des hessischen Landesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Karl Wöll.

Die Trauerrede am Sarge unseres Kameraden Karl Wöll hielt Josef Lang (Jola), einer seiner Freunde aus der frühesten Zeit seines Wirkens in der Arbeiterbewegung. Er erinnerte daran, daß Karl Wöll schon in frühester Jugend den bitteren Ernst des Lebens kennenlernte. Schon als Schuljunge mußte er durch Zeitungsausgaben zum Lebensunterhalt einer vielköpfigen Arbeiterfamilie beitragen. Der Zwang zum Mitverdienen ließ es nicht zu, daß der intelligente Junge ein höhere Schulbildung erhalten konnte, er verhinderte sogar eine ordentliche berufliche Lehre. Seine Gewerkschaft schickte ihn schon früh auf ihre Funktionärsschule, und schon nach 10 Jahren funktionierte Karl Wöll selbst als Lehrer an gewerkschaftlichen Akademien.

1929 begann seine hauptamtliche Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung. In den letzten Jahren der Weimarer Republik, in der schlimmsten Krisenzeit der Demokratie, war er im „Sturm zur besonderen Verwendung“, einer Abteilung des Reichsbanners, der rund 150 Funktionäre der Gewerkschaftsjugend angehörten.

Nach 1945 gehörte Karl Wöll 20 Jahre lang der sozialdemokratischen Fraktion des Hessischen Landtags an, wo er sich insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpolitik große Verdienste erwarb. Auch der Präsident des Hessischen Landtags, Georg Buch, würdigte mit bewegten Worten das uneigennützig Wirken unseres Kameraden Wöll und seine Aufgeschlossenheit für alle sozialen Belange. Seine Verdienste wurden vor wenigen Monaten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Frankfurts Oberbürgermeister Rudi Arnoldt stellte fest, daß ganz Frankfurt um einen echten Demokraten trauere.

Für den Bundesvorstand des Reichsbanners sprach Kamerad Heinrich Ditter (Frankfurt). Er würdigte den verstorbenen Kameraden als einen der ersten, die sich nach dem Ende des Nazi-

regimes um die Wiederbelebung unserer Organisation bemühten und hob die wertvolle Arbeit hervor, die er sowohl als Erster Vorsitzender des Landesverbandes Hessen wie auch als Mitglied des Bundesvorstandes geleistet hat.

Ein überaus starkes Aufgebot des Reichsbanners aus Südhessen nahm an der Trauerfeier teil. Neben dem mit roten Nelken bedeckten Sarg standen zwei Fahnenträger des Reichsbanners.

(Kurt Köhler)

Mitteilung des Bundesvorstandes

Voranzeige: Die Bundeskonferenz 1972 findet voraussichtlich am **16. und 17. September 1972 in Frankfurt/Main** statt.

Wir bitten diesen Termin vorzumerken.

Über alles Nähere werden die Landesverbände demnächst durch ein Rundschreiben informiert.

Der Bundesvorstand
(gez.): Ditter Haag

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 5 - Mai 1972 - 16. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,
6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.
Redaktion u. verantwortlich: Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Mülldorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 56 87.

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.